



Koordinierungsstelle SCHULDNERBERATUNG in Schleswig-Holstein | Kanalufer 48 | 24768 Rendsburg

An den
Schleswig-Holsteinischen Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
Frau Vorsitzende Barbara Ostmeier
Düsternbroker Weg 70
24105 Kiel

Sibylle Schwenk
Tel.: 04331 - 593-249
E-Mail: schwenk@schuldnerberatung-sh.de

nur per E-Mail:
innenausschuss@landtag.ltsh.de

22.12.2021

Stellungnahme zum

Entwurf eines Gesetzes des Landes Schleswig-Holstein zur Errichtung und zum Betrieb von Spielhallen in Schleswig-Holstein (Spielhallengesetz – SpielhG) Drucksache 19/3344

Sehr geehrte Frau Ostmeier,

zunächst möchte ich mich herzlich für die Möglichkeit der Stellungnahme zu dem oben genannten Gesetzentwurf bedanken.

Die Koordinierungsstelle Schuldnerberatung besteht seit 2003 und arbeitet im Auftrag des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren des Landes Schleswig-Holstein (MSGJFS) trägerübergreifend für alle nach § 305 Insolvenzordnung (InsO) anerkannten und vom MSGJFS geförderten Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatungsstellen in Schleswig-Holstein. In Schleswig-Holstein gibt es 36 staatlich anerkannte Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen, die verbindliche Qualitätsstandards erfüllen und den Hilfe suchenden Menschen die Gewähr für eine unabhängige und qualifizierte Beratung bieten.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt ist die Präventionsarbeit und die Stärkung von Finanzkompetenz insbesondere von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Gerade vor diesem Hintergrund haben wir grundsätzliche Anmerkungen zu dem Gesetzentwurf.

Bereits in unserer Stellungnahme vom 17.09.2021 gegenüber dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus in Schleswig-Holstein zum Entwurf des SpielhG S-H hatten wir auf die Notwendigkeit einer Erhöhung des Mindestabstands zwischen Spielhallen und sozialen Einrichtungen hingewiesen. Dies hat in der nun übersandten Drucksache des Landtages bedauerlicherweise keinen Eingang gefunden. Wir empfehlen daher nochmals, den Schutz der Kinder und Jugendlichen sowie den Schutz der glücksspielenden Menschen im Gesetz besser zu berücksichtigen.



Für uns ist wenig nachvollziehbar, warum Kinder unter 6 Jahren weniger suchtgefährdet sein sollen als z.B. ältere Kinder. Der Gesetzentwurf begründet es damit, dass sie „aufgrund ihrer geistigen Entwicklung im Hinblick auf die von Geldspielgeräten ausgehenden Gefahren der Spielsucht weniger gefährdet“ (§ 3) sind. Für uns erscheint diese Grenzziehung eher willkürlich zu sein, eine fachliche Begründung liefert der Entwurf jedenfalls nicht. Und die daraus resultierende Aufgabe jeglicher Abstandsregelungen nimmt in Kauf, dass Kinder auf dem Weg zur KiTa, Jugendeinrichtung oder zu Sportanlagen mit Glücksspielangeboten konfrontiert werden. Auch der Glücksspielautomat im Imbiss suggeriert nicht nur den Kindern eine Normalität und ständige Verfügbarkeit von Glücksspiel, die wir ausdrücklich ablehnen. Kinder sind besonders neugierig und für Werbung besonders empfänglich. Das ist unsere Erfahrung aus unserer Arbeit im Bereich der Schuldenprävention. Spielhallen sollten daher nicht zur Normalität einer Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen gehören. Zudem führt es eine Primärprävention ad absurdum. Aus unserer Sicht muss sich Primärprävention auf alle Altersstufen beziehen und gerade die Jüngsten einbeziehen.

Der Entwurf sieht in § 4 Mindestabstände zu bestehenden Schuldnerberatungsstellen von 300 Metern vor. Vor dem Hintergrund des Gesagten insbesondere auf die Verfügbarkeit von Glücksspielangeboten und der Primärprävention halten wir größere Abstandsregelungen für erforderlich. Wir halten Abstandsregelungen von 500 Metern für angemessen, wie es z.B. im Landesglücksspielgesetz Baden-Württemberg geregelt ist. Diese Abstände müssen auch für Einrichtungen gelten, in denen sich Kinder und Jugendliche aufhalten. Aus unserer Sicht dürfen diese Abstände nicht durch Ausnahmen verringert werden können.

Es ist zu befürchten, dass eine erleichterte Verfügbarkeit des Glücksspiels – trotz der im Glücksspielstaatsvertrag 2021 vorgesehen Spielerschutzmaßnahmen – zu einem vermehrten Auftreten von Spielsuchtproblematiken führen wird. In der Beratungspraxis der Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen stellt Spielsucht als (Mit-)Ursache von Ver- und Überschuldung ein bekanntes Problem dar. Aus der Suchthilfe ist der Zusammenhang von pathologischem Glücksspiel und Überschuldung bekannt. Die massiven finanziellen Probleme beeinträchtigen nicht nur die Betroffenen, sondern oftmals die ganze Familie, die jahrelang mit den Folgen des Glücksspiels leben muss.

Wir hoffen, dass Ihnen unsere Hinweise in der Diskussion hilfreich sind und stehen für Rückfragen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Sibylle Schwenk

Koordinierungsstelle Schuldnerberatung
In Schleswig-Holstein